Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. März 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Moskauer Rummel.

SPD. Der Prozess der 14 "Menschewiki", von denen 13 gar keine Menschewiki waren, ist vorüber. Die bolschewistischen Machthaber dürften froh sein, dass der Rummel vorbei ist.

Im Gegensatz zum Ramsin-Prozess hat man diesmal keine Todesurteile gefällt; denn auf Todesurteile, die nach Prozesskomödien gefällt werden, wie wir sie jetzt wieder in Moskau erlebt haben, folgt die Begnadigung wegen bekundeter "Reue". So etwas hält die Welt ein paar Tage länger in Atem, das Zentralexekutivkomitee der Sowjets muss besonders zu diesem Zweck zusammentreten, "beraten" und verkünden. Daran hatten die Herren im Kreml diesmal kein Interesse: nur schnell herunter mit dem Vorhang! Todesurteile werden nur vollstreckt an Angeklagten, die sich zu solchen Schaustücken nicht hergeben, die ihre "Schuld" nicht so begeistert in die Welt hinausschreien. So im Schachty-Prozess. So auch in unzähligen Fällen, wo Unschuldige ohne Prozess in den Kellern der Tscheka abgeschlachtet wurden.

Anscheinend war die Sowjet-Regierung mit der innerpolitischen Wirkung des Ramsin-Prozesses im Herbst v.J. zufrieden: die politisch und geistig zurückgebliebenen Arbeiter und Bauern der Sowjetunion glaubten wirklich, dass nur die "Sabotage" durch einige Gelehrte und Spezialisten im Solde Englands und Frankreichs die Schuld am russischen Elend tragen. Durch die fabelhaften Geständnisse der Ramsin und Genossen war Stalin glänzend gerechtfertigt. Nun galt es weiter vorzustossen und einen neuen Prozess zu veranstalten, um die Menschewiki, und mit ihnen die Sozialistische Internationale, als Saboteure und Interventionisten zu "entlarven". Diesmal hat sich aber der Staatsanwalt Krylenko übernommen: vom ersten Tage an war dieser ganze Prozess dem Fluch der Lächerlichkeit ausgesetzt. Die Anklage stand und fiel mit dem Nachweis der geheimen Reise von Rafael Abramowitsch nach Moskau. Während die Angeklagten ihre Begegnungen und Besprechungen mit Abramowitsch haarklein zu schildern wussten, konnte Abramowitsch den hundertprozentigen Beweis führen, dass er seit 1921 überhaupt nicht und am allerwenigsten im fraglichen Sommer 1928 in Russland gewesen ist. Die Angeklagten führten förmliche Tobsuchtsanfälle aus, als ihnen dieses kategorische Dementi vorgehalten wurde. Sie blieben dabei und fügten immer neue "Geständnisse" über Begegnungen mit anderen menschewistischen Führern, mit Dan und mit Garwy, hinzu. Man schreckte vor keiner noch so blödsinnigen Erzählung zurück, z.B. dass Hilferding mit 480 000 Mark die Schädlingstätigkeit finanziert und dass der Marseiller Kongress der Internationale die militärische Intervention fremder Mächte vorbereitet hätte (während die Resolutionen von Marseille sich mit fast übertriebener Wärme für die politische Anerkennung der Moskauer Regierung und für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjet-Russland einsetzten).

Aber es ist unmöglich, hier die hundert greifbaren und plumpen Lügen zu widerlegen, die dort sowohl vom Ankläger wie von den sogenannten Angeklagten vorgebracht wurden. Mögen die von der zivilisierten Welt abgeschlossenen Mas-

sen von Arbeitern und Bauern der Sowjetunion fest daran glauben, dass die Sozialistische Internationale "interventionistisch" sei und die Sabotage des genialen "Fünfjahresplans" Stalins finanziere, ausserhalb Sowjet-Russlands hat diese Groteske nur Hohngelächter und Verachtung hervorgerufen. Wir schätzen die Intelligenz der kommunistischen Führer in Europa wirklich nicht hoch ein, und dennoch möchten wir behaupten, dass nicht ein einziger auch nur ein Wort von dem glaubt, was in den letzten zehn Tagen aus Moskau gedrahtet und gefunkt wurde. Die KPD-Presse dürfte nicht weniger froh sein als die Moskauer Zentralstellen; dass mit diesem groben Unfug Krylenkos endlich Schluss gemacht wurde.

Jetzt steht ihr eine kaum leichtere Aufgabe bevor: sie muss das Märchen der "interventionistischen Einheitsfront gegen Sowjet-Russland" weiter vortragen, nachdem Stalins rechte Hand, Molotow in einer offiziellen Rede bewiesen hat, dass die Sowjet-Regierung zu allen europäischen Mächten mit Ausnahme Frankreichs und des Vatikans ausgezeichnete Beziehungen unterhält. Die Trübung des deutsch-russischen Verhältnisses, das er zur Jahreswende 1929/30 feststellen zu können glaubte, sei längst überwunden. Die Reise der deutschen Grossindustriellen - gemeint sind die bekannten Scharfmacher Borsig, Poensgen, Klöckner und Co. - werde eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zur Folge haben. Am selben Tag aber hatten die kommunistischen Redner im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärt, die Reichswehr sei jetzt in die Front der Westmächte gegen Sowjet-Russland "eingeschwenkt"!

Ähnlich konnte man es nach der letzten Genfer Tagung in der kommunistische Presse täglich lesen, Deutschland habe dort den interventionistischen Pakt gegen die Sowjetunion besiegelt. Mit wem denn und wie reimt sich dieses Geschreibsel mit den jüngsten Erklärungen Molotows zusammen? Mit England? Molotow stellt fest, dass die Konservativen einen Antisowjet-Feldzug eröffnet hätten - d.h. also gegen die sowjetfeindliche Haltung der Labour-Regierung! (Nebenbei bemerkt: wo bleibt da die im Moskauer Prozess behauptete interventionistische Tätigkeit der Sozialistischen Internationale, wenn die Sozialistische Regierung Englands wegen Sowjetfreundlichkeit von den Tories dauernd angegriffen wird?) Mit Italien? Aber gerade die Beziehungen zum Lande Mussolinis und Grandis hat Molotow als besonders herzlich gelobt! Mit Frankreich also? Erst dieser Tage hat Briand in der Kammer auf ähnliche Klagen des Kommunistenführers Cachin mit einer Handbewegung geantwortet, Russland leide anscheinend an Verfolgungswahnsinn. Bleibt also der Vatikan? Aber trotz der hervorragenden Rolle, die das Zentrum in der deutschen Politik seit zwölf Jahren spielt, hat Deutschland in seinen Beziehungen zu Sowjet-Russland auf allen Gebieten ein Verhalten gezeigt, das an Selbstverleugnung grenzt.

In Wahrheit droht der Sowjetunion von aussen her überhaupt keine Gefahr, wohl aber fühlen sich manche ihrer Nachbarländer durch die bolschewistische Umsturzpropaganda, zu Recht oder zu Unrecht, bedroht. Die Klagen über dunkle Interventions- und Einkreisungspläne muten oft wie die berühmten "Haltet-den-Dieb"-Rufe an. Die kommunistischen Führer, die tagaus, tagein diesen Unsinn verzapfen müssen, sind um ihren Auftrag nicht zu beneiden. Denn sie glauben ebensowenig im Wort daran, wie an die tollen Märchen des soeben abgeschlossenen Prozesses gegen die "Menschewiki", die gar keine Menschewiki waren.

SPD. Zürich, 10.März (Eig.Drahtb.)

In der Schweiz schneit es seit 72 Stunden fast ununterbrochen. Die Rigi-Bahn hat infolge der Lawinengefahr den Betrieb eingestellt. Mehrere grosse Lawinen sind in den letzten Tagen bereits niedergegangen.

SPD. Der Vertreter Ostpreussens im Reichstag, der deutschnationale Freiherr von Gayl, hat in der Montagsitzung des Reichstags ein Verhalten an den Tag gelegt, das ganz und gar zu der demagogischen Agitation seiner Partei pass' Als Vertreter Ostpreussens, der für seine Provinz das Beste will, hätte er für das Gesetz stimmen müssen, selbst wenn es die Wünsche der ostpreussischen Landwirtschaft nicht zu 100 Prozent erfüllt. Statt dessen hat er sich als deutschnational' Parteimann verhalten und das Gesetz gefährdet. Di deutschnationale Parteipolitik galt ihm mehr als das Interesse der ostpreussischen Landwirtschaft. Im Interesse der deutschnationalen Partei stellte er sich auf die Seit' Hugenbergs gegen Ostpreussen, sodass es wieder einmal der preussischen Regierung überlassen blieb, die Interessen eines grossen Teiles der ostpreussischen Bevölkerung gegen deutschnationale Demagogie zu verteidigen.

Dazu wird von preussischer Seite amtlich folgendes mitgeteilt: "Am Schluss der Debatte der Montagsitzung des Reichsrats verlas Herr von Gayl eine Erklärung des Inhalts, dass er es nicht verantworten könne, für das seiner Meinung nach unzulängliche Osthilfegesetz zu stimmen und dass er sich deshalb zum Protest der Stimme enthalten werde. Dieses Verhalten des Herrn von Gayl erregte umso grösseres Aufsehen, als der ostpreussische Vertreter bisher in keiner Ausschussitzung des Reichsrats zu erkennen gegeben hatte, dass er in dieser Weise gegen den Gesetzentwurf Stellung nehmen werde. Die Erregung unter den Bevollmächtigten zum Reichsrat der meisten deutschen Länder war infolge des Vorgehens des Herrn von Gayl ausserordentlich gross. Man sagte sich, dass es bei einem Gesetz, das geschaffen werden solle, um Ostpreussen und den übrigen besonders gefährdeten Landesteilen zu helfen, zwecklos sei, eine Abstimmung vorzunehmen, wenn der ostpreussische Vertreter selbst das Gesetz als wertlos bezeichnete, weil eine Umschuldungsaktion Ostpreussen angeblich nichts nütze, sondern andere Hilfsmittel angewandt werden müssten. Unter dem Ausfluss dieser Stimmung des Unwillens über das von Gayl'sche Vorgehen stellte der Vertreter Bremens nunmehr den Antrag, die Abstimmung zu vertagen.

Die Entscheidung lag jetzt in der Hand der Preussischen Staatsregierung. Hätte der preussische Stimmführer, Staatssekretär Dr. Weismann, den Antrag auf Vertagung unterstützt, um Herrn von Gayl zu zeigen, wieweit er mit seiner Taktik käme, all die anderen deutschen Länder vor den Kopf zu stossen, die ja schliesslich nur zum Besten Ostpreussens und aus weitgehender gesamtdeutscher Solidarität für die Osthilfe stimmen sollten, so wäre die Vertagung angenommen worden und damit die Osthilfe, zum mindesten aber ihre Erledigung durch den Reichsrat noch in dieser Arbeitsperiode aufs äusserste gefährdet gewesen. Im deutschen Osten weiss man aber, welche Nachteile und Krisenverschärfung auch nur eine Verzögerung mit sich bringen würde, ganz abgesehen von der panischen Stimmung, die sie im Osten erzeugt hätte, der grosse Hoffnungen auf das baldige Inkrafttreten der Osthilfe setzt. Staatssekretär Dr. Weismann hat im Interesse des deutschen Ostens darauf verzichtet, Herrn von Gayl öffentlich ins Unrecht zu setzen. Er wandte sich zwar scharf und eindringlich gegen das völlig unverständliche und im Interesse des deutschen Ostens im höchsten Grade abträgliche, noch dazu ganz unerwartete Vorgehen des Herrn von Gayl, setzte sichaber dann dafür ein, dass der bremische Antrag zurückgezogen und die Abstimmung sogleich vorgenommen würde. Entsprechend diesem Wunsch der Preussischen Staatsregierung wurde dann verfahren und somit das Osthilfegesetz vor der Torpedierung durch den Vertreter Ostpreussens im Reichsrat geschützt.

Nicht nur der Osten, sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit, die die Sache der deutschen Ostmark als ihre eigene führt und die dem deutschen Osten unter allen Umständen geholfen sehen will, haben ein Anrecht darauf, klar und deutlich zu erfahren, was sich am Montag im Reichsrat abgespielt hat."

Aus der Feststellung der preussischen Staatsregierung, dass Herr von Gayl von seiner Absicht nicht für das Gesetz zu stimmen, während der Aus-

schussberatungen im Reichsrat kein Wort verlautbaren liess, ist zu schliessen, dass er anfänglich nicht gegen das Gesetz zu opponieren gedachte und erst nach Einwirkungen von deutschnationaler Seite gegenteiliger Meinung geworden ist. So ist Hugenbergs einziger Grundsatz, unter allen Umständen gegen jede Regierungsmassnahme zu opponieren, wieder einmal zu Ehren gekommen.

SPD. Kiel, 10.März (Eig.Drahb.)

Hitlers Kommissar, der in Kiel Ordnung schaffen sollte, hat den ganzen Vorstand der hiesigen Nazi-Ortsgruppe abgesägt. Die gestürzten Grössen, die sich übrigens weigern, für ihre Finanzgebarung Rechenschaft abzulegen, beriefen daraufhin eine Mitgliederversammlung ein, die jedoch durch die SA.-Kolonnen verhindert wurde. Man liess einfach keinen Menschen in den Saal. Die Rebellion hat inzwischen auch noch die Schliessung der Geschäftsstelle zur Folge gehabt.

Innerhalb der Ortsgruppe und des ganzen Gaues Schleswig-Holstein tobt jetzt ein erbitterter Kampf, in dem der Apparat aber siegreich bleiben dürfte. Die Parteibonzen lassen alle Minen springen, um die ihnen unbequemen Mitglieder los zu werden.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde am Dienstag bei der Weiterberatung des Wehretats der kommunistische Antrag auf Ablehnung des Gehalts des Ministers Groener abgelehnt. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten gegen den Antrag.

Angenommen wurde unter Zustimmung des Reichswehrministers ein Antrag, wonach Angehörige des Reichsheeres und der Marine nicht als Ersatz für streikende oder ausgesperrte Arbeiter verwendet werden dürfen. Ferner wurde durch Annahme eines Antrages die Bekanntgabe der Zahl derjenigen ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht verlangt, die als Angestellte bei der Heeresleitung bezw. Marineleitung beschäftigt werden.

Abg. Kuhnt (Soz) forderte die Beseitigung der Konkurrenz, welche die Militärmusiker den zivilen Musikern bereiteten. Ueber die Frage, ob im Einzelfall eine Militärkapelle konzertieren solle, sei das zuständige Arbeitsamt zu befragen, das über den Arbeitsmarkt am besten unterrichtet sei.

Abg. Dr. Leber (Soz) klagte über die Art, wie die Einstellung des Soldatennachwuchses in der Reichswehr erfolge. Man komme in die Reichswehr in der Hauptsache durch Protektion. Die persönliche Eignung spiele eine nebensächliche Rolle. Die Beziehungen gingen meist über die durch Privatdienstvertrag bei der Reichswehr angestellten Offiziere, die übrigens auch ihre weniger verantwortliche Stellung dazu benutzten, Verbindungsfäden zwischen der Reichswehr und den rechtsradikalen Parteien zu ziehen. Der Offizierersatz erfolge hauptsächlich durch die Vermittlung dieser Offiziere. Beim Mannschaftsersatz würden ebenfalls Leute bevorzugt, die rechtsradikalen Kreisen entstammen. Jeder, der angeben würde, dass er einmal der sozialistischen Arbeiterjugend angehört habe habe sich damit alle Möglichkeiten verbaut, in die Reichswehr zu kommen.

Hierzu erklärt Reichswehrminister Groener, dass durch ständige, in vielen Fällen von ihm selbst vorgenommene Prüfung die Garantie gegeben sei, dass sowohl der Offiziers- wie auch der Mannschaftsersatz auf unparteiische und nur die persönliche Eignung prüfende Weise geschehe.

Abg. Schöpflin (Soz) schloss sich der Anschauung des Abg. Dr. Leber an, dass tatsächlich Leute, die in ihrer Jugend einmal der Arbeitersport-Bewegung angehört hätten, in die Reichswehr nicht hineinkommen könnten. Wohl sei der Wille des Reichswehrministers anzuerkennen, dass er einen unparteiisch gewählten Offiziers- und Mannschaftsersatz beabsichtige, aber die unteren Kommandostellen würden anders denken und je weiter sie örtlich vom Reichswehrministe-

rium entfernt seien, desto eigenwilliger gingen sie nach ihren Anschauungen.

Abg. Ersing (Ztr) hat, dass der Minister immer wieder den Truppenkommandeuren die unparteiische Auswahl des Mannschaftsersatzes ans Herz legen solle. Den Offiziersersatz kontrolliere der Reichswehrminister ja selbst. Immerhin sei nicht zu verschweigen, dass sehr oft Klagen über Parteilichkeit und Protektionswesen an den Abgeordneten herantreten. Ob diese Klagen sämtlich berechigt seien, könne er natürlich nicht beurteilen.

Abg. Dr. Cremer (Dt.Volksp.) führte Klage darüber, dass der in den Kameradschaftsstuben ausliegende Lesestoff meist sehr einseitigen rechtsradikalen Charakter trage. - General von Schleicher erwiderte, dass dem Reichswehrangehörigen die Wahl seiner Lektüre freistehe; mit Verboten habe man meist das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte.

Angenommen wurde dann eine Entschliessung, worin die Reichsregierung ersucht wird, bis spätestens zur dritten Lesung des Reichshaushaltsplans dem Reichstag eine spezialisierte Uebersicht über die Zahl der im Rechnungsjahr 1931 bei der Reichswehr beschäftigten Arbeiter vorzulegen einschliesslich eine Darstellung ihrer gegenwärtigen Lohnverhältnisse. - Zahlreiche kommunistische Anträge auf Streichung von Haushaltspositionen der Reichswehr wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

SPD. Paris, 10.März (Eig.Drahtb.)

Das mit so vieler Freude angekündigte englisch-französisch-italienische Flottenkompromiss scheint bei den beiden aussereuropäischen Flottenmächten Japan und Amerika, den Mitunterzeichnern des Londoner Abkommens, nur wenig Genugtuung hervorgerufen zu haben. Jedenfalls haben beide Staaten eine ganze Reihe von Protesten und Einwänden erhoben, die die angekündigte Veröffentlichung des Pariser Vertragstextes verzögern.

Vor allem beklagt sich Japan nach den hier vorliegenden Meldungen darüber dass die französische U-Bootflotte mit ihren 81 000 Tonnen der japanischen um 30 000 Tonnen und die französische Kreuzer- und Zerstörerflotte mit ihren 240 000 Tonnen der japanischen ebenfalls um 30 000 Tonnen überlegen sei. Die Amerikaner wiederum protestieren dagegen, dass es Frankreich gestattet worden ist, seine beiden alten aus dem Jahre 1913 stammende Linienschiffe zu modernisieren und in den Kolonialdienst einzustellen, anstatt dass sie, wie es das Washingtoner Abkommen von 1922 vorsah, verschrottet würden. Daneben sollen noch eine Reihe von Einzelpunkten strittig sein, sodass die Endeinigung trotz eifrigster Bemühungen noch nicht so schnell erreicht werden dürfte.

SPD. Stuttgart, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Finanzausschuss des württembergischen Landtags beschloss auf Antrag der Sozialdemokratie, die württembergische Gesandtschaft in München aufzuheben Die Aufhebung soll mit Wirkung vom 1.April 1933 erfolgen.

SPD. Paris, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Skandal der Compagnie Aero Postale lässt sich trotz des strengen Schweigegebots der Regierung nicht mehr ersticken. Am Dienstag verlangt sogar der "Paris Midi", der nicht selten als offiziös inspiriertes Organ auftritt, dass der schwer kompromittierte Finanzminister Flandin seinen Posten verlässt.

Der Fall Flandin ist insbesondere darum so skandalös, als der gegenwärtige Finanzminister einst als Sprecher der Opposition das Kabinett Steeg zu Fall gebracht hat, weil der Ackerbauminister Boret sich unsauberer Preistreibereien

am Getreidemarkt schuldig gemacht hatte. Gleichzeitig aber hatte Flandin als Lohn für diese Tat das Finanzministerium in der neuen Regierung verlangt, um so von einflussreichster Stelle aus der bankrotten Aero Postale zu Hilfe kommen zu können. Verzweifelt sträubt sich Flandin heute gegen seine Ausschiffung. Inzwischen hat er sogar gedroht, mehrere seiner Ministerkollegen wie den Marineminister Dumont, den Minister für öffentliche Arbeiten Deligne und den Budgetminister Piétri mit in den Abgrund zu reissen. Jedenfalls werden sich der Ministerpräsident Laval und sein Finanzminister Flandin über ihre künftige Haltung schnellstens entscheiden müssen. Schon hat die sozialistische Kammerfraktion einen neuen Vorstoss angekündigt, der trotz aller Verzweiflungsmanöver keineswegs länger als bis zum Mittwoch-Abend hinausgeschoben werden kann.

Was nun endlich die Sanierung der Aero Postale angeht, so scheint sich zu bestätigen, dass der Betrieb der Fluglinie nach Südamerika zwar mit allen Mitteln gesichert werden soll, dass aber die augenblickliche Konzessionsgesellschaft zur Liquidation gezwungen sein wird. Mit ihr dürfte die Bank Bouilloux-Lafont, deren Inhaber der Vizepräsident der Kammer ist, zum Bankrott verurteilt sein.

SPD. München, 10.März (Eig.Drahtb.)

Im Münchener Stadtrat kam es am Dienstag zu einem wilden Handgemenge zwischen den Fraktionen der Nazis und der Bayerischen Volkspartei.

Esser, der Führer der Hakenkreuzler, der als besonderer Front-Drückeberger und durch unverschämte Anpöbelungen Oskar von Millers (Deutsches Museum) bekannt ist, fühlte sich durch Ausführungen eines Stadtrats der Bayerischen Volkspartei beleidigt. Er inszenierte deshalb mit seinen Gesinnungsgenossen sofort einen ungeheuren Tumult. Die Nazis warfen mit Tintenfässern und Aschenbechern und stürzten sich schliesslich mit den Fäusten auf ihre Gegner, sodass die Sitzung geschlossen werden musste. Nach ihrer Wiederaufnahme wäre es fast noch einmal zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, als die Nazis versuchten, die Aussperrung der Metallarbeiter demagogisch für ihre Zwecke auszunützen.

Eine schwere Schlägerei provozierten die Nazis auch in einer sozialdemokratischen Versammlung in Kempten, in der Abg. Frölich-Weimar sprach. Als der zur Diskussion zugelassene Hakenkreuzler die ihm eingeräumte Redezeit wesentlich überschritten hatte, wurde er aufgefordert abzutreten. Im gleichen Augenblick warfen die auf der Tribüne anwesenden Nazis Biergläser in den Saal. Bei dem dann einsetzenden Tumult wurde mit zerkleinerten Tischen und Stühlen zugeschlagen, bis es dem Saalschutz des Reichsbanners gelang, die Rowdies hinauszuwerfen. Von den ins Krankenhaus eingelieferten zehn Verletzten liegt einer mit schweren Kopfwunden danieder.

SPD. Kassel, 10.März (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag marschierten die 97 des Landfriedensbruches angeklagten Kommunisten wiederum in geschlossenem Zuge vor das Gerichtsgebäude. Sie erreichten das Gebäude unbehelligt.

Im Verhandlungsraum erwies sich, dass die Plätze für die Angeklagten nicht ausreichten. Als die erforderlichen Stühle herbeigeschafft waren, trat das Gericht in die Verhandlung ein. Sie ergab zunächst, dass von den anwesenden 93 Angeklagten ein ganz erheblicher Teil vorbestraft ist. Die meisten haben Gefängnisstrafen wegen Diebstahls verbüsst, mehrere sind jedoch auch wegen schwerer Verbrechen mit Zuchthaus bestraft. Nur zum Teil gehören die Angeklagten der KPD an. Fast alle aber sind Mitglieder des antifaschistischen Kampfbundes, einer ebenfalls kommunistischen Organisation.

Der als Rädelsführer angeklagte politische Leiter des Kampfbundes erklärte

im Verlauf seiner Vernehmung, dass der Kampfbund mit der kommunistischen Partei nicht identisch sei. Manche Mitglieder des Kampfbundes seien politisch nicht organisiert. Die Fahrt des Bundes nach Grebenstein habe keineswegs den Zweck gehabt, die dort stattfindende nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. Als der Kampfbund in Grebenstein eingetroffen sei, seien die Nationalsozialisten bereits im Ort gewesen. 10 bis 12 Kampfbündler wären in den Saal gegangen, wo sie von Nationalsozialisten angerempelt worden seien. Die Schlägerei sei dann auf der Strasse fortgesetzt worden. In den Streit seien aber nur ganz wenige Mitglieder des Kampfbundes verwickelt gewesen. Die meisten hätten bei dem Lastauto gestanden.

Die Aussagen der übrigen Angeklagten geben ein Bild darüber, wie die Hakenkreuzler an dem betreffenden Tage vorgegangen waren. Bei den Kampfbündlern befanden sich 2 auf der Wanderschaft befindliche Hamburger Zimmerleute, die auf dem Wege nach Grebenstein in das Lastauto der Kommunisten gestiegen waren. Die Wanderburschen hatten die Absicht, sich in dem Versammlungslokal etwas aufzuwärmen. Nach ihrer Schilderung forderte sie der Führer der nationalsozialistischen SA-Abteilungen plötzlich auf, entweder Eintrittsgeld zu entrichten oder den Saal zu verlassen. Ehe sich jemand der Lage bewusst geworden sei, hätten die Hakenkreuzler bereits zu Stühlen, Biergläsern, Aschenbechern, Stahlruten und anderen Schlagwerkzeugen gegriffen und seien über die im Versammlungsraum befindlichen 10 bis 12 Mann des Kampfbundes hergefallen. Einen hätten sie sogar durchs Fender geworfen. Dieser sei heute noch schwer verletzt und könne an der Verhandlung nicht teilnehmen.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung widerriefen fast alle Angeklagten ihre vor der Polizei gemachten Aussagen. Anfänglich hatten sie angegeben, dass ihnen der Zweck der Fahrt nach G. vorher bekannt gewesen sei. Da sie diese Angaben neuerdings bestreiten, sollen die Beamten des Polizeipräsidiums, etwa 16 an der Zahl, die die ersten Vernehmungen geführt haben, als Zeugen geladen werden. Auf Antrag der Verteidiger beschloss das Gericht mit Zustimmung des Staatsanwalts ferner, den in Haft befindlichen Leiter des Kampfbundes und ein anderes noch in Haft befindliches Mitglied des Kampfbundes auf freien Fuss zu setzen. Das Gericht betont jedoch ausdrücklich, dass die Haftentlassung nicht bedeute, dass die beiden unschuldig seien.

Vor dem Gerichtsgebäude hatten sich vor Schluss der Dienstag-Verhandlungen Hunderte von Personen angesammelt. Als die Angeklagten erschienen, wurden sie mit Ovationen empfangen. Alle Mann rückten dann geschlossen ab.

SPD. Köln, 10.März (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag-Morgen wurden von der Polizei in Köln-Ehrenfeld acht Kommunisten aus dem Bett heraus verhaftet. Die Kommunisten hatten vor einigen Tagen einen Zusammenstoss mit Nationalsozialisten, in dessen Verlauf ein Nazi-Mann durch einen Pistolenschuss am Kopf schwer verletzt wurde.

SPD. Stuttgart, 10.März (Eig.Drahtb.)

Das Land Württemberg hat beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage wegen Benachteiligung Württembergs bei Vergebung der Lokomotivaufträge der Reichsbahn erhoben. Der Staatsgerichtshof soll entscheiden, wie § 23 des Eisenbahnvertrages von 1920 zwischen Württenberg und dem Reich auszulegen ist.

Die Klage wird wie folgt begründet: "Die Lokomotivaufträge der Reichsbahn sind nach einem vom Reichsverkehrsministerium ohne Mitwirkung der Länder

aufgestellten Verteilungsschlüssel vergeben. Der württembergischen Lokomotivindustrie ist darin nur ein Anteil von 1,41 % zugebilligt, obwohl sie nach dem Lokomotivenbestand und nach den Betriebsleistungen des württembergischen Reichsbahndirektionsbezirkes einen erheblich grösseren Anteil erhalten müsste. Alle seit Jahren mit dem Reichsverkehrsministerium geführten Verhandlungen sind jedoch bisher ohne Erfolg geblieben."

SPD. Die von dem Vorstand des Reichslandbunds am Dienstag in Berlin abgehaltene Sitzung ist ausgegangen wie das Hornberger Schiessen. Die vielfach erwartete Spaltung ist nicht erfolgt. Weder der Flügel um Kalckreuth noch der um Hepp hat den Kampf gewagt. Der Vorstand des Reichslandbundes teilt über die Sitzung mit :

"Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat den Bericht des geschäftsführenden Präsidenten Graf von Kalckreuth entgegengenommen und billigt die Haltung und Massnahmen, die das Präsidium in Auswirkung der Kampfbeschlüsse vom diesjährigen Reichslandbundtag ergriffen hat. Ausdrücklich erklärt auch der Bundesvorstand die seitdem bekannt gewordenen Agrarvorlagen einschliesslich der Osthilfe für unzureichend, insbesondere wegen Nichtberücksichtigung der Forderungen auf dem Gebiet der allgemeinen Lastensenkung und der innerwirtschaftlichen Massnahmen, sowie des Fehlens jeder Garantie für sofortige und ungeschmälerte Durchführung der Zollmassnahmen. Den innerhalb und ausserhalb der Reichsregierung verstärkt zutage getretenen, der Landwirtschaft feindlichen Kräften gilt nach wie vor der schärfste Kampf. Eine Einwirkung auf die Parteien in den gegenwärtigen rein politischen Entscheidungen lehnt der Bundesvorstand ab. Die Verantwortung für die augenblickliche Lage und die weitere Entwicklung der Gesetzgebung auf wirtschaftlichen und politischen Gebieten liegt ausschliesslich beim Reichskabinett und den Parteien."

Die Entschliessung zeigt, dass es beide Flügel des Reichslandbundes im Augenblick nicht für opportun halten, die Gegensätze bis zu einer Spaltung auszutragen. Der radikale Flügel hat darauf verzichtet, das Verhältnis zur Reichsregierung, insbesondere zu dem Reichsernährungsminister, durch einen neuen weitergehenden Beschluss zu verschärfen, während der andere Flügel davon abgesehen hat, bestimmte Anträge gegen die Radikalisierung des Reichslandbundes zu stellen. Dennoch werden die Auseinandersetzungen weitergehen. Der Verlauf der Dienstagsitzung bedeutet lediglich eine Vertagung der Entscheidung um die Führung innerhalb der deutschen Landwirtschaft und keineswegs einen Verzicht auf die seit langem angestrebte Auseinandersetzung zwischen dem gemässigten Flügel und der mehr und mehr zu den Nationalsozialisten abgleitenden Bürokratie des Reichslandbundes.

SPD. London, 10.März (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag begann im Unterhaus die Beratung des Heeresetats. Minister Tom Shaw brachte das Budget mit einer Rede ein, in der er bedauerte, dass die Regierung nicht weitere Abstriche am Heeresetat vornehmen könne. Das sei nur nach einer erfolgreichen allgemeinen Abrüstungskonferenz möglich. In dieser Richtung werde die Regierung alle Kräfte mobilisieren, um das englische Volk über die Abrüstung von den grossen Heereslasten befreien zu können.

SPD. Bedford, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der zum Tode verurteilte Handlungsreisende Arthur Rouse wurde hier am Dienstag früh gehängt. Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich zur Zeit der Hinrichtung eine grosse Menschenmenge eingefunden.

SPD. London, 10. März (Eig.Drahtb.)

Bis vor einigen Tagen war die offizielle konservative Partei und besonders ihr Führer Baldwin mit der Jndienpolitik der Arbeiterregierung völlig einverstanden. Hinter den Kulissen tobte jedoch der Kampf gegen den Friedensschluss in Jndien. Der Wortführer war Churchill, der auch in der Oeffentlichkeit von einer Kapitulation Englands sprach und für Jndien ein Regime der starken Hand forderte. Unterstützt wurde Churchill von den Zeitungskönigen.

Am Dienstag ist Baldwin zum grössten Erstaunen der Oeffentlichkeit in die Churchill-Front eingeschwenkt. Jm Namen der Parteiführung erklärte er, die konservative Partei widersetze sich "im gegenwärtigen Augenblick" einer zweiten Jndienkonferenz, wie sie in den Friedensbedingungen vorgesehen ist. Jn langen Artikeln erörterte die Presse diesen sensationellen Umfall Baldwins. Jn gleichem Sinne schlachtet ihn die Presse der Zeitungskönige gegen Baldwin aus. Daraufhin erfolgte am Dienstag nachmittag eine lange "Erklärung der Erklärung Baldwins", in der Gewicht gelegt wird auf die Worte "im gegenwärtigen Augenblick", sodass die Haltung Baldwins wiederum unklar geworden ist. Jn der Abendstunde wurde schliesslich eine neue Erklärung abgegeben, in der festgestellt wird, dass der von Baldwin bekanntgegebene Beschluss von der Parteiführung bereits vor 14 Tagen gefasst wurden und nur jetzt erst veröffentlicht worden sei, um die Verhandlungen zwischen Gandhi und dem Vizekönig nicht zu stören.

Alles in allem bleibt der Eindruck: Baldwin ist umgefallen. Welches nun aber die konservative Jndienpolitik in Zukunft sein wird, ist undurchsichtig und wird sich wohl erst in der grossen Jndiendebatte klären, die am Donnerstag im Unterhaus beginnen soll.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB nahm am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus eingehend zur Arbeitszeit- und Lohnfrage Stellung. Seine Forderungen wurden in zwei einstimmig angenommenen Entschliessungen zusammengefasst. Die Entschliessung zur Arbeitszeitfrage lautet:

"Der Bundesausschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirkdamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit grösserem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesausschuss erinnert daran, dass er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der 40 stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaase der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Oeffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, dass sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Jndem der Bundesausschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit darauf, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuss schärfsten Protest dagegen, dass bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedssprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt werden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Umso eindringlicher muss die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmässige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt."

Die Entschliessung zur Lohnfrage hat folgenden Wortlaut:

"Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.

Die Forddrung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Jnteresse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fliessen unmittelbar und restlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf eine beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiter Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und forder sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rücksichtlosen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen."

SPD. Der Reichstag wird am Donnerstag die erste Lesung des Osthilfe-Gesetzes vornehmen. Da der Reichsrat die Regierungsvorlage in mehreren Punkten geändert hat, kündigt die Regierung drei Doppelvorlagen an.

Der Reichsrat hat beschlossen, die Osthilfe auch auf Schleswig-Holstein und den oldenburgischen Landesteil Eutin auszudehnen. Die Reichsregierung bleibt bei ihrem ursprünglichen Entwurf.

Der Aufsichtsrat der Jndustriebank, die die Entschuldungsaktion durchzuführen haben wird, soll nach Beschluss des Reichsrats aus 33 Mitgliedern bestehen. Jn ihrer Vorlage wird die Regierung an der Zahl von 19 oder 20 Mitgliedern festhalten.

Der Reichsrat hat ferner beschlossen, dass die Jndustriebank ohne die ausdrückliche Zustimmung von Reichsregierung und Reichsrat keine Kredite aufnehmen darf, die nicht für Entschuldungszwecke bestimmt sind. Jn der Regierungsvorlage wird diese Beschränkung nicht enthalten sein.

SPD. Aachen, 10. März (Eig.Drahtb.)

Das Schwurgericht Aachen verurteilte den 21 jährigen Bergmann Lünen wegen Totschlags an seiner 15 jährigen Stiefschwester und wegen Mordversuchs an dem Bergmann Plönes zu 12 Jahren Zuchthaus. Der Prozess entwarf Bilder trübsten Familienlebens. Plönes war der Liebhaber der ermordeten Stiefschwester des Angeklagten, der aus Liebe zu diesem Mädchen und aus Hass gegen Plönes die Tat begangen hat.

SPD. Paris, 10. März (Eig.Drahtb.)

Der französische Ministerrat hat die Einführung der Sommerzeit in Frankreich für die Nacht zum 19. April beschlossen. Der Präsident der Republik hat das Dekret, das zugleich die Wiedereinführung der normalen Zeit für die Nacht zum 4. Oktober vorsieht, bereits unterzeichnet.

SPD. Die am Dienstag stattgefundenen Lohnabbauverhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn und den Eisenbahnerorganisationen brachten kein Ergebnis. Die Reichsbahnverwaltung wird sich deshalb an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen um Einleitung von Schlichtungsverhandlungen wenden.

Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten nachdrücklich, dass sie einer auch noch so geringen Kürzung der Eisenbahnerlöhne nicht zustimmen könnten. Eine solche Kürzung bedeute in diesem Augenblick nichts anderes als die Zerstörung der Lebensmöglichkeit für eine sehr beträchtliche Zahl von Eisenbahnarbeitern. Der gegenwärtige Lebensstandard der Eisenbahner verbiete jede Herabsetzung der Löhne. Wenn die Finanzlage der Reichsbahn so schlecht sei, wie sie von den Vertretern der Verwaltung hingestellt werde, dann sei sie auch durch eine Lohnkürzung nicht mehr zu retten. Trotz der Klagen der Verwaltung habe die Gesellschaft jedoch Geld übrig, wenn es sich nicht um Lohnausgaben handele. Sie nehme beträchtliche unnötige Ausgaben freiwillig auf sich. So würden noch immer in grossem Umfang Korruptionszulagen gezahlt, noch immer habe die Reichsbahnverwaltung Geld zur Ausrüstung von Panzerzügen übrig und auch noch für verschiedene andere Einrichtungen, die keine Daseinsberechtigung hätten, werde viel zu viel Geld ausgegeben. Aus all diesen Gründen seien die Gewerkschaften gezwungen, der Hauptverwaltung vorzuschlagen, ihre Lohnabbauforderungen zurückzuziehen und die bisher in Kraft befindlichen Lohnsätze bestehen zu lassen; die Arbeitszeitverkürzung habe den Eisenbahnern bereits genug Lohnsenkung gebracht.

Der Verhandlungsleiter erklärte nach der scharfen Stellungnahme der Gewerkschaften gegen den Lohnabbau, dass wohl keine Aussicht auf eine Verständigung der Parteien bestehe. Die Reichsbahngesellschaft müsse deshalb nunmehr andere Schritte unternehmen, um in der Lohnfrage weiter zu kommen.

SPD. London, 10.März (Eig.Drahtb.)

Die Exekutive der Labour Party hat Mosley und seine ebenfalls aus der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei ausgetretenen Anhänger am Dienstag aus der Partei ausgeschlossen.

Mosley und seine Freunde hatten bisher lediglich ihren Austritt aus der Parlamentsfraktion der Labour Party erklärt. Aus der Labour Party auszuscheiden, lehnten sie vorerst aus wahltaktischen Gründen ab. Infolgedessen hat die Exekutive der Labour Party am Dienstag das Notwendige nachgeholt und Mosley und seine Freunde als der Mitgliedschaft in der Labour Party für unwürdig erklärt. Dieser Beschluss wird den lokalen Organisationen mit dem Zusatz mitgeteilt werden, dass der Beitritt zur Mosley-Partei mit der Mitgliedschaft in de Labour Party unvereinbar ist und automatisch den Ausschluss nach sich zieht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Berlin wird umgebaut.

Wandlungen der Weltstadt - Hochhaus=Schwierigkeiten - Abbruchreife Romantik.

SPD. Dieser Tage feierte der Kurfürstendamm,die repräsentativste Strasse des westlichen Berlins,das Jubiläum seines 50jährigen Bestehen. Fast am Jubiläumstag begann man mit der Verbreiterung dieser wichtigen Strasse,weil sie den Ansprüchen des Verkehrs von heute nicht mehr genügt. Der von schönen Bäumen umsäumte Reitweg in der Mitte soll beseitigt werden. Die Strasse wird damit nicht schöner - aber - praktischer. Hier erlebt man an einem deutlichen Beispiel,wie sich die Sünden der Väter noch an den Kindern rächen: schon als der Kurfürstendamm gebaut wurde, ahnten kluge Leute,dass er sich bald als zu schmal erweisen würde.

Aber die Geschichte der deutschen Reichshauptstadt bildet nicht nur in ästhetischer,sondern auch in sozialer Hinsicht ja überhaupt kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Städtebaues. Schon früh verlor die junge emporblühende Stadt ihre Selbständigkeit unter dem willkürlichen Regiment der Hohenzollern. Der Grosse Kurfürst presste sie, als Bundesgenosse Frankreichs,mit französischem Gelde in einen engen,nutzlosen Befestigungsgürtel. Hundert Jahre später wurde Friedrich der Grosse durch seine Hypotheken= und Baupolitik zum Ahnherrn der Berliner Mietskasernen. Im 19. Jahrhundert stand die preussische Regierungsbürokratie der Entwicklung der Weltstadt vielfach im Wege. Erst in den Jahren nach dem Kriege führte die immer mehr zunehmende Verkehrsmisere zu Plänen und Projekten,die die schwersten Schäden der früheren Entwicklung auszugleichen versuchten. So schreitet die Neugestaltung des Berliner Alexanderplatzes mehr und mehr fort. Auch ist beispielsweise der "City=Ausschuss" mit den Vorarbeiten zu einem grosszügigen Bebauungsplan beschäftigt,der eine Verlegung aller Fabriken und Wohnhäuser vom Zentrum an die Peripherie der Stadt beabsichtigt.

Neue Bohrungen,die über die sonst vorgenommenen Zweimeter=Prüfungen hinausführen,haben nämlich u.a. bewiesen,dass,entgegen früheren Annahmen,Grund und Boden im Berliner Zentrum nur in unmittelbarer Nähe der Spreeufer sumpfig sind, im übrigen aber aus tragfähigen Kies=Sand=und Steinschichten bestehen. Mit diesen neuen Untersuchungen wäre dann die Möglichkeit gegeben,das Berliner Zentrum mit Hochhäusern zu bebauen; ein Plan,der durch die im Bau befindlichen Hochhäuser am Alexanderplatz schon eine gewisse Realisierung erfahren hat. Gleichzeitig aber würde dann auch die Berliner Alt=Südstadt, ein Stück abbruchreifer Grosstadtromantik endgültig verschwinden. In ihren baufälligen Häusern, in Wohnruinen im wahrsten Sinne des Wortes, wohnen noch immer Tausende von Menschen unter geradezu menschenunwürdigen Bedingungen.

Wir haben Werner Hegmann,einen gründlichen Kenner der Berliner Verhältnisse,dessen Buch "Das steinerne Berlin" die bauliche Entwicklung Berlins zur Weltstadt darstellt, um seine Meinung über die zukünftige Gestaltung der Berliner City und über den möglichen Bau von Hochhäusern,also Wolkenkratzern,im Zentrum Berlins gebeten. Werner Hegemann erklärte in einem Gespräch,dass das Verschwinden ungesunder Wohnruinen in der Berliner Altstadt nicht früh genug erfolgen könne. Es sei sehr wahrscheinlich,dass die neuen Vorschläge Hochhäuserkomplexe vorsehen,für die man ja nun eine gemügende Bodenstandhaftigkeit hat. Gegen die architektonische Neugestaltung der Berliner City durch einfache glatte Häuserblocks, die nicht nur wirtschaftlich rationeller sind,sondern auch den sozialhygienischen Forderungen Rechnung tragen, - ja selbst gegen den geplanten Hochhausbau sei nichts einzuwenden. Protestieren aber müsse man gegen

jeden unvernunftigen Bau von vielstöckigen Häusern ohne genügenden Freiraum, gegen jene unverantwortliche Bodenspekulation, die ihre hohen Profite auf Kosten der Gesundheit Tausender von arbeitenden Menschen in sonnenlosen Büroräumen herausschlägt. Hochhäuser ohne genügende Strassenbreite verhindern eine ausreichende natürliche Belichtung, verdunkelten das Hinterland, Höfe und Hofgebäude und würden dieselben hygienischen Gefahren wie die Mietskasernen in sich bergen. Also kein Bürohaus ohne zureichenden Freiraum, ohne genügende Strassen- und Hofbreite. Im übrigen sei die Anhäufung grosser Menschenmassen auf einem Punkte eine Sache der Vergangenheit. Viel notwendiger sei es, sich mit dem Gedanken der Dezentralisation, die durch Telefon, Schnellbahn und Auto heute bequem ermöglicht werde, vertraut zu machen.

Berlin-Alexanderplatz - Molkenmarkt-Friedrichsgracht - - ein Gang durch dieses Viertel der Wohnruinen, deren Verschwinden eine dringende Forderung der Sozialhygiene ist, zeigt einen typischen Ausschnitt Berliner Wohnungselend und Formen menschlicher Behausung mitten im Zentrum einer emporwachsenden Weltstadt, die geradezu erschütternd auf den Beschauer wirken. Ueberall in den mittelalterlich engen Gassen, rings um die Parochialkirche, deren Glockenspiel dünn und melancholisch über den Häusern klingt, in diesen verbauten, vom Alter geschwärzten Häusern, in Stuben und Kammern, in die kaum ein Sonnenstrahl fällt, wohnen noch Menschen. Durch enge Haustüren tritt man in einen dumpfen muffigen Hausflur. Ausgetretene und halsbrecherisch steile Treppen führen nach oben. Gas- und Petroleumbeleuchtung ersetzt das elektrische Licht. Es riecht nach Spülicht und Abfällen. Ein Paradies für Mäuse. Dicke träge Katzen sitzen faul vor den Türen. Völlig unzureichend sind die sanitären Verhältnisse. Oft muss eine einzige Wasserleitung für das ganze Haus genügen, an einer anderen Stelle ist für die Bewohner zweier Häuser nur ein Abort vorhanden. Fast nirgends gibt es elektrisches Licht und auch Gas ist verhältnismässig selten. Ein finsterer enger Schacht, in den die Gerüche aus allen Wohnungen abziehen - das ist manchmal der Hof.

Durch die Fassaden laufen kreuz und quer grosse Risse. Die Dächer sind schadhaft und der Regen dringt durch die dünnen Decken in die Stuben. Im Winter gefriert das Wasser an den Wänden zu Eis, und die Menschen, die in diesen Wohnruinen hausen müssen, sind den schwersten gesundheitlichen Schäden ausgegesetzt. Oft überziehen pilzige Geflechte die Wände und der Schwamm frisst im Fussboden und in den ausgetretenen Stufen der Holztreppen. Man hat Untersuchungen über die bevölkerungspolitische Beschaffenheit der Berliner Südaltstadt angestellt - sie ergaben unhaltbare hygienische Zustände. - - Aber die Weltstadt wandelt sich. In einigen Jahren wird diese Art von Grosstadtromantik, die das Auge des Malers mehr begeistert als das des Sozialpolitikers, verschwunden sein. Stattdessen wird sich hier ein Stadtteil mit hellen breiten Strassen - als ein neues Metropolis - Berlins verwandelte City präsentieren. Und das viel gelästerte "rote Berlin" wird schöner.

P.

\+ + +

Charlie bei den Arbeitern.

SPD. Augenblicklich sind furchtbar viel Menschen in Berlin aufgeregt: Reporter, die gern ein Spezialinterview mit Chaplin haben wollen, obschon doch bekannt ist, dass er die nicht gibt; junge Mädchen, die sich nach Charlies Autogramm sehnen, aber nicht weiter vordringen, als in die Halle des Hotels Adlon; verhinderte Filmautoren, die gern ihre Manuskripte anbringen möchten; Geschäftsleute, die Charlie gern etwas schenken wollen - nicht so sehr aus Liebenswürdigkeit als der Reklame wegen: alle wischen sie sich den Schweiss von der Stirn denn ist es nie leicht, zu einem schwierigen Ziele zu kommen - zu Charlie zu kommen, ist noch viel schwerer.

Auch Chaplin selbst mag in diesen Tagen trotz aller Freude über den ihm

in Berlin bereiteten herz[illegible]chen Empfang gelegentlich verstohlen das Schicksal beklagen, das ihn berühmt werden liess. Eigentlich war seine Europa=Reise als Erholung gedacht und nicht als Karlsbader Kur. Als er 1922 einige Tage in Berlin war, war es sicher bequemer für ihn. Damals war allerdings noch kein abendfüllender Film Chaplins in Deutschland gelaufen und der grosse Schauspieler verhältnismässig unbekannt. Jetzt ist er allgemein beliebt.

Als Chaplin von der Empfangs="Arbeit" genug hatte - die Journalisten machten es ihm nicht leicht, einer wollte sogar wissen, wie er zu Einsteins Relativitätstheorie steht! - da liess er sich von seinen Freunden "entführen". Zuers gings ins Grosse Schauspielhaus, da sah er einige Bilder vom "Weissen Rössl". Und dann hielt das Auto an einer Stelle, die sich eine so grosse Ueberraschung gewiss niemals hätte träumen lassen: an Carows Lachbühne am Weinbergsweg.

Weinbergsweg - das ist eine Strasse in Berlins J.W.D., janz weit draussen; in der Tiefe eines Kellers hat hier Erich Carow, Berlins beliebtester Komiker, ein Mann von starken künstlerischen Gaben, seine Biertheke und seine Bühne aufgeschlagen. Für 60 Pfennig Eintritt wird hier dem Berliner allabendlich ein Riesenprogramm geboten: Variété und dann Singspiele, eins himmelblauer- und rosenroter als das andere, holdester Kitsch, aber immerhin Kitsch, der ein naives, liebenswürdiges und dankbares Publikum entzückt. Erst um Mitternacht steht Carow selbst auf der Bühne; billige und primitive Szenen, deren Inhalt unsere Väter möglicherweise interessiert haben mag, erhalten durch die sehr beträchtliche Kunst Erich Carows Sinn und Wert.

Der Keller ist jeden Abend überfüllt. Wer etwa erst um 10 kommt, hat nicht die geringste Aussicht auf einen Platz. Die Baupolizei und Carow selbst wachen streng darüber, dass das Lokal nicht überreich besetzt wird. Und Abend um Abend kann man deshalb von Carow den Satz hören: "Und wenn der Reichspräsident selber käme - ick könnte ihn nicht reinlassen!" Nun aber kam einer, der den Reichspräsidenten geschlagen hat: Charlie.

Ein ungeheurer Jubel empfängt ihn. Ein Mann von Riesengestalt und Bärenkräften nimmt ihn wie ein Kind auf den Arm und trägt ihn behutsam auf die Bühne; der kleine Chaplin wäre sonst sicher als Opfer der Begeisterung erdrückt worden. Dann ist plötzlich alles ruhig. Erich Carow hält eine kleine Ansprache, sehr hübsch, sehr herzlich: "Liebe Mitmenschen und Stammgäste! Der glücklichste Tag meines Lebens war der, an dem ich meine Frau Lucie kennen gelernt habe. Der zweite glückliche Tag ist heute, wo der grösste Schauspieler der Welt zu mir in mein bescheidenes Theater kommt. Nicht nur die Welt liegt Dir zu Füssen, Charlie Chaplin, auch der arme kleine Erich Carow" - - Und der Herr Direktor kniet nieder...- während Chaplin Lucie Carow küsst - -

Dann spielt Erich Carow seine abendliche Szene, die ein abendlicher Erfolg ist. Aber sicher war er diesmal noch besser, noch komischer, noch ergreifender, als sonst - diesmal, da er für Chaplin spielte. "Herz und Schnauze" heisst das Opus, ein sehr berlinischer Titel eines auch hundertprozentig berlinischen Stückes von Menschen, dem unter der rauhen Schale der weiche Kern lebt: schöner und sympathischer konnte der grosse Schauspieler Charlie Chaplin gewiss nicht vom Volk Berlins begrüsst werden.

Hier, draussen in der harmlos heiteren Nacht der kleinen Leute, liess man Charlie auch endlich die Ruhe, die ihm wirklich zu gönnen ist. Keiner verlangte von ihm ein Aztogramm, keiner wollte von ihm wissen, wie er zu Einstein steht... und als die Vorstellung beendet war, da merkten erst die Leute, dass Charlie inzwischen wieder verschwunden war, still und leise...

Ego.

+ +

Ein Heu="Wechsel". In der Städtischen Sparkasse Königshütte wollte dieser Tage ein Bauer seinen Wechsel einlösen. Da er kein Geld besass, lud er eine Fuhre Heu, um es zu verkaufen und mit dem Erlös den Wechsel zu begleichen. Als sich jedoch für das Heu kein Kaufer fand, ging der Bauer in ein Wirtshaus, um seinen Aerger hinabzuspülen. Dann setzte er sich wieder auf den Wagen und fuhr

gehobenen Mutes bei der Sparkasse vor, doch so,dass Wagendeichsel und Pferde gleich in das grosse Schaufenster der Sparkasse stiessen. Die Kassenbeamten waren nicht wenig erschrocken,als ihnen Glassplitter auf die Köpfe regneten. Auch hatten sie kein Verständnis für den Vorschlag des Bauern,das Heu für den uneingelösten Wechsel anzunehmen. Unter beiderseitigem Protest kommt zur Pfändung nun auch noch die Kostenrechnung für die teure Scheibe. Dem Bäuerlein wird der Humor vergangen sein.

\+ + +

Skandinavien in Winternot. Die skandinavischen Länder werden gegenwärtig von Schneestürmen und einer starken Kältewelle heimgesucht. In Südschweden und Dänemark waren die Schneefälle so stark,dass der Schnee auf den Landstrassen bis zu drei Meter Höhe liegt; der Verkehr ist stellenweise unterbrochen.Mehrere Ortschaften in der schwedischen Provinz Schonen sind völlig eingeschneit und von der Umwelt abgeschnitten. In Dänemark herrscht bis zu minus 20 Grad Kälte.

\+ + +

Das Kind des Calmette=Professors. Eine eigenartige Demonstration leistete sich Medizinalrat Altstedt aus Lübeck,einer der Angeklagten im bevorstehenden Lübecker Calmette=Prozess. Nach dem Fehlschlagen der Calmette=Behandlung, der mehr als 70 Säuglinge zum Opfer gefallen sind, entschloss sich Medizinalrat Altstedt, sein eigenes,einige Zeit nach der Katastrophe geborenes Kind mit Calmette=Präparaten zu füttern. Medizinalrat Altstedt will durch diese Demonstration offenbar beweisen,dassdas Verfahren an sich unbedenklich und ungefährlich sei.

\+ + +

Eine wertvolle Zigarrenkiste. Beim Versetzen eines Ofens fand in der Nähe von Harburg ein Bauer unter dem Fussboden eine Zigarrenkiste, die etwa 8 ooo Reichsmark in alten deutschen Zwanzigmarkscheinen enthielt. Wer die Schatzkiste vor vielen Jahren versteckt hat,steht nicht fest.

\+ + +

Freigesprochene Juwelendiebin. Das Schöffengericht Berlin=Charlottenburg sprach die des Juwelendiebstahls angeklagte 18jährige Hausangestellte Ruth Z. aufgrund des Paragraphen 51 frei. Die Angeklagte hatte vor einiger Zeit einen im Westen berlins wohnenden Kaufmann,bei dem sie in Stellung war,Juwelen im Werte von 125 ooo Mark entwendet.Die Schmucksachen wurden kurze Zeit darauf beschlagnahmt;sie lagen in einem auf der Gepäckaufbewahrung des Schlesischen Bahnhofs deponierten Koffer. Ruth Z. wurde nach längerer Irrfahrt in Liegnitz verhaftet. Vor Gericht behauptete die Angeklagte,dass sie den Diebstahl aus Eifersucht begangen habe,um sich an ihrem Dienstherrn zu rächen,weil er sie zwar selbst mit Anträgen verfolgt,sich aber auch mit anderen Frauen abgegeben habe. Tatsächlich stimmt weder das eine noch das andere,wie der als Zeuge vernommene Kaufmann glaubhaft unter seinem Eid bekundete. Der Sachverständige,der Ruth Z. längere Zeit beobachtet hatte,schilderte die Angeklagte als kindlicher Mensch,der dazu neige,seine Erlebnisse fantastisch auszuschmücken. Auch das Gericht kam zu dem Ergebnis,dass die Tat eine anormalesund krankhaftes Gepräge trüge, desgleichen das Motiv des Vergehens selbst.

\+ + +

Verschollen. Der Dampfer "Stralsund" der Altonaer Reederei Richters wurde vom Hamburger Seeamt für verschollen erklärt. Das Schiff ist bereits seit mehreren Monaten überfällig. Vermutlich ging es in den schweren Novemberstürmen des vorigen Jahres unter. Der Dampfer,der mit einer Ladung Tonerde nach Gotenburg (Schweden) unterwegs war,hatte 13 Mann Besatzung an Bord. Bisher sind die Leichen von zwei Mann an der Nordseeküste angetrieben worden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Gewerkschaften und die Not.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB trat am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen: Arbeitslosenfrage, Arbeitszeitverkürzung und Lohnabbau.

Der Vorsitzende des ADGB Leipart erstattete den Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern und den übrigen Gewerkschaftsrichtungen. Die Spitzenorganisationen der Arbeiter seien in ihren Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, dass von einem starren Schematismus der Tarifverträge keine Rede sein könne. Die Unternehmer dächten bei ihren Beschwerden auch gar nicht an die Tarifverträge im allgemeinen, sondern nur an die Lohnabkommen.

Der Bundesvorstand hat sich, wie Leipart in seinem Bericht weiter mitteilte, auch mit Hörsings Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigt. Sein Programm decke sich nach der Auffassung des Vorstandes zum Teil mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften, zum anderen Teil sei es undurchführbar. Die Gewerkschaften könnten sich daher nicht auf den Boden dieses Programms stellen. Auch die Besprechung der Spitzenorganisationen mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler Brüning wurden von Leipart kurz beleuchtet. Der Reichskanzler, so betonte Leipart, habe erklärt, dass er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen werde. Die Gewerkschaften hätten dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt; sie hätten entschieden sich gegen den Lohnabbau gewandt und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschliessungen, die der Vorstand dem Ausschuss diesmal vorgelegt habe, bedeuteten eine nachdrückliche Bekräftigung der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung seien nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentschliessung habe die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmassnahme gefordert. Die neue Entschliessung gehe darüber hinaus. Sie lege entscheidendes Gewicht darauf, dass eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.

Auch gegen den planmässigen Lohnabbau habe der Bundesausschuss wiederum Stellung nehmen müssen. Im Zusammenhang damit müssten Verhandlungen des IGB mit der Bergarbeiterinternationale erwähnt werden, die sich mit der Arbeitszeitregelung im Bergbau beschäftigten. Was als Ergebnis bei den Genfer Verhandlungen herauskommen werde, stehe dahin. Eine Sonderregelung der Arbeitszeit für die Bergarbeiter, die eine Schichtzeit von mehr als 7 Stunden festsetze, würde jedoch dem Gedanken einer weitergehenden Verkürzung der Arbeitszeit Abbruch tun. Die Bergarbeiter müssten daher bei ihrer Forderung nach einer 7stündigen Arbeitszeit verbleiben.

In der Aussprache äusserte Simon (Schuhmacher) Bedenken dagegen, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu fordern. Der Lohnabbau lasse eine andere Lösung nicht als praktisch durchführbar erscheinen. Die Kaufkraft sei erheblich zurückgegangen. In der Schuhindustrie sei die Regel Akkordarbeit. Im Jahre 1928 sei vereinbart worden, dass bei technischen Aenderungen die Lohnbasis so geändert werde, dass die alte Lohnhöhe gesichert bleibe. Diese Sicherung wollten die Unternehmer beseitigen. Das würde zur Folge haben, dass die Leistungen fortgesetzt erhöht und die Löhne gesenkt werden. Ebenso wollten die Unternehmer die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Lohnfestsetzung ab =

schaffen. Damit werde der Tarifvertrag für den Verband wertlos. Schiedssprüche, die eine solche Lockerung der Tarifverträge festsetzten, dürften nicht für verbindlich erklärt werden. Gegenüber solcher Praxis sei die Arbeitszeitverkürzung zwar ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Wels (Parteivorstand) besprach kurz das Programm von Hörsing. Das Programm wird vom Parteivorstand trotz der Anerkennung des grossen und kraftvollen Führers des Reichsbanners in gleicher Weise beurteilt wie vom Bundesvorstand. Wels begrüsste den Schritt, den die Spitzenorganisationen und die Bergarbeiter bei Hindenburg unternommen haben. Ohne Zweifel habe diese unmittelbare Fühlungnahme mit Hindenburg, der sich aufrichtig bemühe, ein objektives Bild der Gesamtlage zu gewinnen und die Interessen des Volksganzen Einzelinteressen überzuordnen, einen tiefen Eindruck gemacht. Es sei wichtig, Hindenburg nicht allein den Einflüssen der Grünen Front zu überlassen, sondern ihm auch die Auffassung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft nahezubringen. Wels wies daraufhin, wie stark gerade die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden an den Löhnen und den Unterstützungen der Arbeiterschaft interessiert sind. Dieser grosse Kundenkreis sichere die Existenz des kleinen Mittelstandes. Es müsse immer wieder betont werden, in wie grossem Umfang die Interessen beider Volksschichten in gleicher Richtung gehen.

Brandes (Metallarbeiterverband) begrüsste gleichfalls die Besprechung mit Hindenburg und ging dann auf die Frage der Arbeitszeitverkürzung ein. Die Arbeitszeitverkürzung sei das Primäre; sie gebe die Möglichkeit, den Lohn zu halten. - Krautz (Buchdruckerverband) : Das Ziel der Regierung: keine Senkung der Reallöhne lasse sich nicht durch eine parallele Preisabbauaktion erreichen. - Schmidt (Bergarbeiterverband): Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzung sei tragbarer als eine Lohnkürzung ohne Arbeitszeitverkürzung.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, dass die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolgsicheren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnutzen und das vorhandene Elend steigern - diese brutale Machtpolitik dürfe und solle ihnen nicht vergessen werden! Die Zeit werde kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, dass ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten könne, dass er aber ungebrochen sei und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsetzen werde, um das verlorene Gelände wieder zu gewinnen.

Leipart betonte in seiner Zusammenfassung der Debatte, dass in der heutigen Zeit die Arbeitszeitverkürzung das einzige Sofort wirksame Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit sei.

SPD. Für die Textilindustrie des Münsterlandes wurde am Dienstag in Dortmund ein Schiedsspruch gefällt, der ab 15.3. 6% Lohnabbau vorsieht. Der neue Tarif soll bis August laufen und ist mit vierwöchiger Frist kündbar. Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch, der auch für die Textilindustrie in Bielefeld, Gütersloh und Herford gilt, abgelehnt. Die Unternehmer nahmen ihn an und beantragten Verbindlichkeitserklärung. Für die letzgenannten Orte wurde auch ein Arbeitszeitschiedsspruch gefällt, der Ueberarbeit bis zu 56 Stunden wöchentlich vorsieht. Auch hier haben die Gewerkschaften abgelehnt und die Unternehmer Verbindlichkeitserklärung beantragt.

SPD. Der Bericht der Reichsanstalt über den Stand der Arbeitslosigkeit am 28. Februar ergibt, dass von den verfügbaren Arbeitsuchenden rund 4 972 000 arbeitslos waren, d.h. rund 19 000 weniger als am 15. Februar. Der Rückgang entfällt zu annähernd gleichen Teilen auf die Saisonaussenberufe und auf die übrigen Berufsgruppen. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden Ende Februar rund 2 589 000 aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung und rund 908 000 aus denen der Krisenfürsorge unterstützt. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stichtag beläuft sich auf annähernd 13 000, die Mehrbelastung in der Krisenfürsorge auf rund 46 000. Hauptunterstützungsempfänger. Von den beiden versicherungsmässigen Unterstützungseinrichtungen wurden mithin Ende Februar rund 3½ Millionen Arbeitslose betreut.

Die Zahl der von der Wohlfahrt unterstützten Erwerbslosen steht für Ende Februar noch nicht fest; sie betrug Ende Januar rund 850 000. Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Februar keine Unterstützung bezogen, kann demnach etwa auf 500 000 bis 600 000 geschätzt werden; unter ihnen dürfte sich ein grosser Teil - auf Grund der normalen Fluktuationen des Marktes - im Wechsel zwischen Beschäftigung und Unterstützung, ein anderer Teil in der Wartezeit vor Beginn des Unterstützungsbezugs befunden haben.

Am lebhaftesten ist die Aufwärtsbewegung im Bekleidungsgewerbe, vor allem in der Kleiderkonfektion sowie in der Wäschekonfektion und in der Schuhindustrie. Im Spinnstoffgewerbe ist die Entwicklung noch schwankend. Im Ruhrkohlenbezirk haben sich die Feierschichten gegen Ende Februar mehr als verdoppelt. In der Metallverarbeitung sind in einzelnen Berufszweigen und Bezirken, so z.B. in den bayerischen Maschinenfabriken, Rückrufe und Neueinstellungen zu verzeichnen.- Die Arbeitslosigkeit unter den Angestellten nahm weiter zu.

\+ + +

Was lehren die neuen Arbeitslosenziffern? Sie geben zu Optimismus keinen Anlass. Der kleine Rückgang der Arbeitslosenziffer gestattet noch nicht den Schluss, dass der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten ist. Man darf nicht übersehen, dass die Ziffern sich auf die zweite Februarhälfte beziehen, im März aber die Witterung für Aussenarbeiten sich von neuem verschlechtert hat. Mit einer saisonalen Entlastungdes Arbeitsmarktes ist also im Augenblick noch nicht zu rechnen. Ganz falsch wäre es, wenn man aus dem Rückgang der Ziffern der Arbeitslosenversicherung auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit schliessen wollte; denn Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zusammen zeigen nur eine Zunahme der Aussteuerung. Diese Zunahme ist enorm. Pro Tag 10 000 Aussteuerungen in der Versicherung! Also Steigerung der Zahl der Unterstützten der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt.

All das sollte für die Reichsregierung endlich Veranlassung sein, für die von den Gewerkschaften geforderte Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge durch Zusammenlegung der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtsfürsorge einen Schritt zu unternehmen. Die Arbeitslosenziffern sind doch schliesslich dazu da, dass man man aus ihnen etwas lernt. Zum Vergnügen des Publikums werden sie nicht veröffentlicht. Mit dem Hinweis auf den Finanzausgleich kann man die Lösung der brennenden Frage des Umbaus der Arbeitslosenfürsorge nicht vertagen. Oder will der Arbeitsminister erst das Ergebnis der Beratung des Arbeitslosenausschusses abwarten? Wenn er das will, dann muss sich der Ausschuss etwas beeilen. Die Reform der Arbeitslosenfürsorge kann doch nicht gut bis Pfingsten verschoben werden.

Wirtschaft Technik Handel

Privatversicherung und Bausparkassen.

(Was im Gesetzentwurf der Regierung fehlt)

SPD. Als im Sommer 1929 der Frankfurter Lebensversicherungskonzern (Favag) zusammenbrach, was nicht nur eine beispielslose Skandalaffäre auslöste, sondern auch zu heftigen wirtschaftlichen Erschütterungen führte, war man sich in der Öffentlichkeit darüber einig, dass hier die Aufsicht über das private Versicherungswesen versagt habe. Die Öffentlichkeit, insbesondere die Sozialdemokratie, drängte auf eine grundlegende Reform dieser Aufsicht. Jetzt erst ist der Gesetzentwurf über die Reform der Versicherungsaufsicht an den Reichstag gelangt. In den Gesetzentwurf wurde auch die Regelung des Bausparkassenwesens hineingearbeitet. Auch diese Regelung ist schon längst fällig gewesen, auch sie schlepp sich schon ein Jahr lang durch die gesetzgebenden Instanzen, ehe sie jetzt den Reichstag erreichte.

Der Inhalt des Gesetzentwurfs ist im wesentlichen bekannt. Die Aufsicht über die privaten Versicherungsgesellschaften soll durch folgende Bestimmungen erweitert werden :

1) wird den Versicherungsgesellschaften eine jährlich regelmässig stattfindende Pflichtrevision vorgeschrieben, die für die übrigen Aktiengesellschaften erst nach Inkrafttreten der Aktienrechtsreform in Frage kommen wird.

2) wird das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung zu einer periodischen Revision jeder einzelnen Versicherungsgesellschaft verpflichtet, die allerdings mit der privaten Revision der Gesellschaften vereinigt werden kann.

3) ist zur Ueberwachung der vorschriftsmässigen Anlage des Prämienreservefonds der Lebensversicherungsgesellschaften ein Treuhänder bei jeder Gesellschaft zu bestimmen.

4) wird die staatliche Aufsicht auf die bisher aufsichtsfreie Kraftfahrzeug- und Fahrradversicherung ausgedehnt und kann nach dem Ermessen des Aufsichtsamts auch auf die Abonnentenversicherung ausgedehnt werden.

Völlig neu ist die Regelung des Bausparkassenwesens. Sämtliche privaten Bausparkassen sollen der Beaufsichtigung durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Auch lehnt sich die Regelung des Bausparkassenwesens stark an die des Versicherungswesens an: regelmässige Berichterstattung an das Aufsichtsamt, jährliche Pflichtrevision, Bestellung eines Vertrauensmannes zur Ueberwachung der Zuteilung der Baudarlehen an die Bausparer, Bildung eines Sachverständigenbeirats beim Aufsichtsamt, Uebernahme des grössten Teils der Kosten der staatlichen Beaufsichtigung durch die Bausparkassen selbst sind die wesentlichsten Bestimmungen, die den Grundgedanken der Aufsicht über das Versicherungswesen entsprechen. Wichtig ist noch die Bestimmung, dass die Bausparkassen nur die Rechtsform der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben dürfen, also nicht die der Genossenschaften, die bisher stark verbreitet war. Allerdings kann das Aufsichtsamt für bereits bestehende Bausparkassen Ausnahmen zulassen. Die Regelung des Bausparkassenwesens soll erst am 1.Oktober 1931 in Kraft treten, die neuen Vorschriften über das Versicherungswesen bereits am 1.April.

Die Neuregelung der Versicherungsaufsicht und des Bausparkassenwesens, die der Gesetzentwurf vorsieht, bedeutet zweifellos gegenüber dem bisherigen Zu-

stand einen wesentlichen Fortschritt. Trotzdem ist sie noch in wichtigen Punkten verbesserungsbedürftig. Bei den Bestimmungen über das Versicherungswesen fehlt z.B. die Ausdehnung der Aufsicht auf die Transport- und Rückversicherung Versicherungszweige, die, wie unliebsame Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen haben, genau so aufsichtsbedürftig sind wie die übrigen Zweige der Versich rung. Selbst bei der Abonnentenversicherung, deren obligatorische Unterstellung unter die Aufsicht der Reichswirtschaftsrat verlangt hat, ist die Beaufsichtigung in das Ermessen des Aufsichtsamts gestellt. Es fehlt weiter eine Modernisierung des Versicherungsbeirats nach den Grundsätzen der Reichsverfassung, wie sie von den Gewerkschaften verlangt wurde. Und es fehlen schliesslich, um uns nur auf die wichtigsten Mängel zu beschränken, soziale Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer der Versicherungsgesellschaften bei Fusionierungen, für die sich auch im Reichswirtschaftsrat eine Mehrheit ausgesprochen hat.

Auch die Regelung des Bausparkassenwesens ist viel zu wenig weitgehend. Es haben sich auf diesem Gebiet arge Misstände herausgebildet. Die Bausparer werden vielfach von falschen Illusionen über die Opfer, die sie zu bringen haben, und über die voraussichtlichen Wartezeiten angelockt; üble Wettsparsysteme benachteiligen die kapitalschwachen Sparer zugunsten der starken Sparer usw Deshalb verlangte der Reichswirtschaftsrat weitgehende Sicherungen gegen derartige Missbräuche und die Einfügung von Vorschriften über die Höhe des Eigenkapitals, über Sicherungsreserven, über Sicherung der Bauspardarlehen und über deren Beleihungshöhe, um das ganze Bausparkassenwesen auf eine solidere Grundlage zu stellen. Aber von allen diesen Anregungen hat die Reichsregierung nich in ihren Entwurf übernommen, mit der Begründung, dass die Entwicklung des Bausparkassenwesens noch zu sehr im Fluss sei, um schon weitgehende materielle Regelungen zu vertragen. Mit anderen Worten: Erst müssen noch Tausende von Bausparern ihr Vermögen einbüssen, ehe man daraus die Lehre ziehen und die Bestimmungen über das Bausparkassenwesen verschärfen will! Bedauerlich ist auch, dass die Forderung des Reichswirtschaftsrats, im Bausparkassenbeirat die reinen Interessentenvertreter zurückzudrängen, unter den Tisch gefallen ist. Schliesslich muss noch überlegt werden, ob sich die Ausnahmebestimmungen für die schon bestehenden Bausparkassen und die weitere Verspätung des Inkrafttretens der Regelung wirklich rechtfertigen lassen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Fortschritte, die der neue Gesetzentwurf auf einem wichtigen Gebiete des Wirtschaftslebens bringt, zu begrüssen sind, dass er aber noch sehr viele Mängel enthält, für deren Ausmerzung der Reichstag zu sorgen haben wird.

SPD. Von den rund 745 Millionen Mark, um die der Reichsbankkredit Ende Februar vermehrt in Anspruch genommen worden ist, sind in der ersten Märzwoche 385,2 Millionen Mark zurückgeflossen. Die Entlastung liegt durchaus auf der Linie der Vormonate. Die gesamte Kapitalsanlage machte in der ersten Märzwoche 2073,2 Millionen Mark aus gegenüber 1994 Millionen Mark in der ersten Februarwoche. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks, die sich in der ersten Märzwoche um etwa 137 Millionen Mark verringerten, werden mit 1842,3 Millionen angegeben gegenüber 1802,3 Millionen Mark in der ersten Februarwoche.

Die Devisen- und Goldbestände haben sich um 24,1 Millionen auf 2474,8 Millionen Mark erhöht. Diesmal haben die Devisen einen Zuwachs um 23,8 Millionen auf 189,4 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Goldbestände erhöhten sich nur um 300 000 auf 2285,4 Millionen Mark.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 51,6 % in der Vorwoche auf 55,1 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 55,3 % auf 59,7 %.

SPD. Der Reichsverband freier Schrotthändler Deutschlands setzt sich für eine weitere Senkung der Eisenpreise ein und zwar mit folgender Begründung: Die Eisenpreispolitik vor dem Krieg war immer so orientiert, dass der Stabeisenpreis das Doppelte des Kernschrottpreises frei Werk ausmachte. Gegenüber der Vorkriegszeit ergibt sich nun folgende Entwicklung:

	Schrottpreis (Kernschrott) frei Werk Rheinland-Westfalen :	Stabeisen Frachtbasis Oberhausen :
	(pro Tonne in Mark)	
1913	56,--	108,50
1927	60,69	134,--
1928	55,61	139,--
1929	60,59	141,--

Im Jahre 1913 machte der Stabeisenpreis nicht ganz das Doppelte des Schrotpreises aus. In der Nachkriegszeit sehen wir, dass sich der Eisenpreis immer weiter vom Schrottpreis entfernt. Ausschlaggebend ist hier die Monopolpreispolitik der Eisenindustrie. Man zwingt die Verbraucher, einen höheren Preis zu bezahlen als das Ausland ihn anlegt. Man legt dem Inland eine Eisensteuer auf. Wenn sich das Verhältnis zwischen Schrottpreis und Eisenpreis in der Nachkriegszeit gegenüber dem Vorkriegsverhältnis völlig verschoben hat, dann ist das die Auswirkung der Kartellpolitik. Ohne diese Auswirkungen wäre die Aufrechterhaltung des Vorkriegsverhältnisses zwischen Schrott- und Eisenpreisen durchaus möglich, wie die Exportpreise deutlich zeigen.

Schrottpreis		Stabeisen-Exportpreis
	(pro Tonne in Mark)	
38,--	frei Werk Rheinland Westfalen	80,-- fob Antwerpen
40,--	frei oberschlesischem Werk	93,-- für Russenaufträge.

Wenn die deutsche Eisenindustrie den Russem Eisen für 93 Mark pro Tonne liefern kann und wenn die deutsche Eisenindustrie ab Antwerpen Eisen für 80 Mark verkauft, dann ist zu verlangen, dass der überhöhte Preis von 140 Mark im Inlande schleunigst reduziert wird. Eine solche Reduzierung muss eine Belebung des Marktes mit sich bringen.

SPD. Der Konsumverein Vorwärts Dresden meldet für Februar einen Umsatz von 3,052 Millionen Mark. Die Verringerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres beträgt 21,2%.

Die Zusammenbrüche der kommunistischen Experimente in den Konsumvereinen in Merseburg, Halle und Gotha scheinen auf die Entwicklung der Spareinlagen in Dresden einen ungünstigen Einfluss gehabt zu haben. Jedenfalls wurden im Monat Februar bei 689 ooo Mark Auszahlungen 229 ooo Mark mehr ausbezahlt als eingezahlt. Die Verwaltung des Konsumvereins Vorwärts führt das, wie gesagt, in erster Linie auf die Auswirkungen der kommunistischen Experimente in den Konsumvereinen der genannten Städte zurück.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926=100) stellt sich für die Woche vom 2. bis 7. März 1931 auf 88,6 gegenüber 86,5 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (79,6), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 78,6 (76,8) und Gruppe Handel und Verkehr auf 111,1 (109,4).

Leichte Abschwächungen.

(Berliner Getreidebörse vom 10. März)

SPD. Die Tendenz an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag abgeschwächt. Auf Grund der an den Vortagen gestiegenen Preise machte sich das Bestreben bemerkbar, insbesondere Roggen zu verkaufen, sodass das Angebot grösser geworden ist. Da sich jedoch gleichzeitig die Mühlen mehr zurückhielten, war es nicht möglich, im Handel mit effektiver Ware die letztnotierten höchsten Preise durchzusetzen. Jedoch hielten sich die Preisrückgänge in Grenzen und gingen kaum über eine Mark hinaus. Weizen hatte recht lustlose Tendenz, obwohl hier das Angebot knapp blieb. Im grossen und ganzen war es möglich, hier die letzten Preise zu erzielen, wenngleich die Tendenz auch hier nachgebend war. Am Markte der Zeitgeschäfte machten sich schon bei Eröffnung leichtere Abschwächungen bemerkbar. Im Verlaufe der Börse schwächte sich die Tendenz weiter ab, sodass bei Schluss die Roggennotierungen um 2 bis 3, die Weizennotierungen um 1 bis 2 Mark rückläufig waren. Mehl hatte wieder sehr ruhigen Markt. Im allgemeinen waren die Forderungen der Mühlen unverändert; jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück. Hafer hatte ziemlich stetige Tendenz.

	9.März	10.März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	291 - 293	291 - 293
Roggen	176 - 178	176 - 178
Braugerste	216 - 224	216 - 224
Futter- und Industriegerste	197 - 213	197 - 213
Hafer	153 - 160	152 - 159
Weizenmehl	34,50-40,75	34,50-40,75
Roggenmehl	25,60-28,90	25,75-29,oo
Weizenkleie	12,30-12,75	12,50-13,oo
Roggenkleie	11,10-11,50	11,40-11,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 305 - 304 (Vortag 305) Mai 308½-307 (309), Juli 308½-307 (309). Roggen März 195 3/4 - 194 (197), Mai 198½ - 197½ (199 3/4). Juli 198 3/4 - 197½ (199 1/4). Hafer März 166½ - 165½ (167), Mai 174-172½ (174½), Juli 182½ - 180½ (183).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 10. März)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM 0,50 - 0,65
" Weizenstroh "		" 0,40 - 0,60
" Haferstroh "		" 0,45 - 0,65
" Gerstenstroh "		" 0,50 - 0,65
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		" 0,60 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh		" 0,50 - 0,70
" Weizenstroh		" 0,45 - 0,60
Häcksel	Tendenz still	" 1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		" 1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken		" 1,70 - 2,15
Luzerne, lose		" - - -
Thymothee, lose		" 2,90 - 3,25
Kleeheu, lose		" 2,50 - 3,oo
Mielitz-Heu, lose, rein		" - - -
" " " (Warthe)		" 1,60 - 1,80
" " " (Havel)		" 1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	Tendenz behauptet	30 Pfg. über Notiz.